

ANTWORTEN VON:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

Antworten auf die Wahlprüfsteine des LSVD

1. Wie beurteilen Sie den Aktionsplan Queeres Brandenburg? Welche Stärken und Schwächen stellen Sie fest?

Antwort:

Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Für Bündnis 90/Die Grünen hat diese menschenrechtliche Frage eine hohe Priorität. Das Land Brandenburg hat mit dem, durch einen Antrag von uns angestoßenen, Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte von LSBTIQ* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings in weiten Teilen lediglich eine einfache Zustandsbeschreibung dar. Viele aufgeführte Maßnahmen wurden noch nicht begonnen und sind auch nicht mit Informationen zu Kosten und Zeitplan unterlegt. Der Fortbestand einiger zentraler Projekte ist unzureichend finanziell abgesichert. Viele Strukturen werden nur ehrenamtlich getragen. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen.

Erfreulich ist, dass im Vorfeld der Erstellung des Aktionsplans eine Online-Befragung zur „Lebenssituation von LSBTIQ* in Brandenburg“ durchgeführt wurde. Deren Ergebnisse werden im Aktionsplan vielfach zitiert, allerdings fehlen häufig Konsequenzen aus den Erkenntnissen in Form von bedarfsgerechten Maßnahmen. Laut Studienergebnis ist fast jede zweite Person unter 30 der LSBTIQ*-Befragten in Brandenburg nicht geoutet, während bei den über 45-jährigen 85 Prozent geoutet sind. Dieses Ergebnis zeigt, wie wichtig es ist, in den Schulen und Jugendeinrichtungen, aber auch in Ausbildungsbetrieben und Universitäten ein Klima zu schaffen, dass Jugendliche und junge Erwachsene ermutigt, zur ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität zu stehen.

Wir freuen uns zwar, dass auch dank unserer Unterstützung das Projekt „Schule unterm Regenbogen“ weiterfinanziert wird. Der Peer to Peer-Ansatz des Projektes ist geeignet, Jugendliche authentisch und direkt anzusprechen. Gleichzeitig bietet das Projekt ein Beratungsangebot für Lehrkräfte. Wir fordern allerdings eine langfristige Finanzierung dieses Projektes und dessen Ausbau, damit sich die Mitarbeiter*innen zukünftig auf ihre wichtige fachliche Tätigkeit konzentrieren können statt auf die Projektfinanzierung.

Die Belange von LSBTIQ* sollen an den Hochschulen in Zukunft stärker Berücksichtigung finden. So ist mit der Vielzahl an Neueinstellungen in den Schulen eine Chance zur Stärkung der Diversity-kompetenz verbunden, wenn an den Hochschulen Themen wie Diversität, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fester Bestandteil der Curricula werden. Wir begrüßen, wenn queere Hochschulgruppen Veranstaltungen zum Thema LSBTIQ* organisieren. Wir appellieren an die Hochschulen, sie dabei zu unterstützen. Darüber hinaus ermutigen wir aber die Universitäten, nicht nur auf diese Selbstorganisation zu setzen, sondern gerade im pädagogischen Bereich auch die regulären Lehrpläne entsprechend anzupassen.

Erfreulich ist, dass mit Aufklärung über LSBTIQ* in der Polizeiausbildung an der Polizeihochschule schon begonnen wurde. Dies muss auch im Rahmen der Fortbildung verstetigt werden. Die Anzeigenbereitschaft nach Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen steigt, wenn sich Betroffene sicher sein können, dass sie auf den Polizeiwachen auf vorurteilsfreie und über queere Belange informierte Polizeikräfte treffen.

Um für Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die Belange der LSBTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische

Erfassung homo- und trans*feindlicher Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und Sozialarbeit.

Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer*m hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung und Qualifizierung besetzen.

Akzeptanzfördernd sind auch queere Veranstaltungen und Begegnungen im Kulturbereich, in der politischen Bildung, bei Sport und Freizeit. Speziell die Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendarbeit klappt diesbezüglich schon gut, aber insgesamt könnten hier Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans durchaus noch stärker ausgebaut werden.

Die Stärkung von LSBTIQ* im Arbeitsleben sehen wir noch als deutlich ausbaufähig, insbesondere bezüglich der Benachteiligung von Transpersonen. Auch hier gilt es unseres Erachtens frühzeitig in der Ausbildung anzusetzen, um die Akzeptanz von LSBTIQ* im Arbeitsleben zu fördern und so die Hürde zum Coming Out am Arbeitsplatz zu senken. Vorbildhaft ist da das Ausbildungsprojekt „Rainbowbrücke“ zu nennen, wo Jugendliche mit Diskriminierungserfahrungen ertüchtigt werden sollen, einen Schul- und Ausbildungsabschluss zu machen.

Wir wollen vielfältige Familienformen in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar machen. Dazu gehört zum Beispiel die repräsentative und realitätsbezogene Darstellung in Schulbüchern oder Elterninformationen. In der öffentlichen Verwaltung wollen wir Vorschriften und Formulare entsprechend anpassen. Wir wollen die Vielfalt der Familien stärken und die Beratungsmöglichkeiten für LSBTIQ* mit Kindern oder Kinderwunsch sowie für Eltern mit LSBTIQ*-Kindern in allen Regionen Brandenburgs ausbauen, weiterentwickeln und stärker vernetzen. In der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften sollen unterschiedliche Familienmodelle angemessen berücksichtigt werden (Diversitykompetenz).

Operationen an Inter*Personen im Kindesalter wollen wir verbieten und die Aufbewahrungsfrist für Krankenakten verlängern. Trans* und Inter*Personen, insbesondere Jugendliche und ihre Eltern brauchen qualifizierte Informations- und Beratungsangebote.

Insgesamt hatten wir den Aspekt Gesundheit im Aktionsplan kritisiert. Queere Menschen werden immer noch stigmatisiert. Das hat natürlich Auswirkungen auf die (psychische) Gesundheit. Wir finden daher, ein Fokus sollte auf der Schaffung einer diskriminierungsfreien, die Selbstbestimmung achtenden gesundheitlichen Versorgung liegen. Diese wollen wir deutlich verbessern. Zudem wollen wir sexuelle Gesundheit fördern und die Präventionsarbeit stärken, wir bekennen uns zu den UN-AIDSZielen, um HIV bis 2030 zu beenden.

2. Werden Sie sich zukünftig für einen Ausbau des Aktionsplans Queeres Brandenburg einsetzen, insbesondere in Hinblick auf die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Berücksichtigung der Thematik als Querschnittsthema in allen Ministerien?

Antwort:

Selbstverständlich werden wir uns für den Ausbau des Aktionsplans als Querschnittsthema in allen Ministerien einsetzen. Wir wünschen uns dabei aber mehr Transparenz und Mitgestaltungsmöglichkeiten durch die LSBTIQ*-Community. Als Grundlage für mehr Beteiligung brauchen wir eine häufigere Berichterstattung zur Umsetzung des Aktionsplans. Durch ein standardisiertes, regelmäßiges Berichtswesen soll verdeutlicht werden, wo es Erfolge gibt, welche Wirkung der Aktionsplan erzielt, und wo es nachzusteuern gilt. Erfolgreiche Maßnahmen müssen in eine Regelförderung übergehen.

Der Aktionsplan muss Intersektionalität stärker berücksichtigen. Aspekte wie z. B. die Mehrfachdiskriminierung queerer Menschen mit Behinderung werden nur angesprochen. Auch der Tatsache, dass sich der Gender Pay Gap auch in der queeren Community abbildet, wird bisher nicht substantiell begegnet.

Um über den Aktionsplan erfolgreich in die Gesellschaft zu wirken, wird es notwendig sein, noch stärker mit Verbänden, Gewerkschaften, Trägern, Institutionen und den Kommunen Ziele zu diskutieren und zu vereinbaren

Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine Handreichung für den Umgang mit LSBTIQ*- Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend geschult werden. Uns liegt es am Herzen, in der nächsten Wahlperiode die Sichtbarkeit lesbischer Frauen zu erhöhen. Genauso wollen wir das individuelle Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung stärker in den Vordergrund rücken. Familien von Trans*Kindern wollen wir besonderes unterstützen. Gerade sie sind auf ein akzeptierendes Umfeld angewiesen, das sie in ihrem So-Sein annimmt und stärkt. Dafür werden wir uns einsetzen.